

# Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung  
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt  
von  
Tristan Abromeit

Dezember 2007

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 56.4

(22 + 1 Seiten)

Silvio Gesell

**An Alle!**  
Das  
proletarische Finanz- und  
Wirtschafts-Programm

Den deutschen Arbeitern, Bauern und Bürgern dargestellt  
von Gesells damaligem Rechtsbeirat  
Karl Polenske (U.S.P.D.)  
Dr. Jur. Univ.-Prof. in Greifswald (Pomm.)

1919 (?)

# An Alle!

Das  
proletarische Finanz- und  
Wirtschafts-Programm

des Volks-Beauftragten der ersten  
bayerischen Räte-Regierung

Silvio Gesell

Den deutschen Arbeitern, Bauern und Bürgern dargestellt  
von Gesells damaligem Rechtsbeirat

Karl Polenske (U. S. B. D.)

Dr. jur. Univ.-Prof. in Greifswald (Pomm.)

\* *Hermann Müller*  
Fünftes Tausend. *Lehrer*  
\* *(20 a) ARNUM*  
*Kreis Hannover*

Verlag Freiland - Freigeld - Bund

Berlin-Steglitz, Herderstraße 22 :: Fernsprecher: Amt Steglitz 1320.

SCHWEIZ. FREILAND- & FREIGELD-VERLAG  
GESCHÄFTSSTELLE  
BERN, ERLACHSTRASSE 5

Durchdenkt diese Schrift! Empfiehlt sie! Verbreitet sie! Bestellt sie für  
Freunde! Schickt sie auch Gegnern! Tretet dem Freiland-Freigeld-Bund bei!

## Inhalt

	Seite
I. Kommunismus, Freiwirtschaft und Gefells Aufgabe als Finanzminister . . .	3
Von Professor Dr. Karl Polenske	
II. Dokumente der ersten Finanzära Gefell, vom 7. bis 16. April 1919 . . . . .	8
Erstes Stück: Zeitungsaufsatz „Die Währung“ . . . . .	8
Zweites Stück: Zeitungsaufsatz „An alle Arbeitenden“ . . . . .	9
Drittes Stück: Zeitungsaufsatz „Freiwirtschaft“ . . . . .	9
Viertes Stück: Verfügung an Banken . . . . .	11
Fünftes Stück: Verfügung an Banken . . . . .	11
Sechstes Stück: Zeitungsaufsatz „Gegen die Papiergeldflut“ (mit Telegramm an den Reichsbankpräsidenten) . . . . .	11
Siebentes Stück: Antwort des Reichsbankpräsidenten . . . . .	12
Achstes Stück: Zeitungsaufsatz „Zur Aufklärung“ . . . . .	12
Neuntes Stück: Zeitungsaufsatz „Absolute Währung“ . . . . .	13
Zehntes Stück: Entwurf an den Zentralrat über indirekten Zwang gegen die Geldhamster . . . . .	14
Elftes Stück: Erklärung nach dem zweiten Umsturz . . . . .	15
Zwölftes Stück: Zeitungsaufsatz und Anschlag „An die Geldhamster“ . . . . .	15
Dreizehntes Stück: Internationale Valutakonferenz . . . . .	16
Vierzehntes Stück: Proletarisches Aktionsprogramm . . . . .	16
Fünfzehntes Stück: Die große Vermögensabgabe . . . . .	17
Sechzehntes Stück: Freigeldmuster . . . . .	20

### Vorwort zur dritten Auflage.

(Fünftes Tausend.)

Es konnten die stilistischen Aenderungen und Druckfehlerberichtigungen angebracht werden, die in der ersten Auflage hatten unterbleiben müssen, weil meine Korrekturfendung in der Schutzhaft, mittels deren die Landtagsregierung Hoffmann mich vom 20. April bis 4. Mai in Bamberg festhielt, durch den Schutzhaftassessor, einen Grafen, sabotiert wurde. Ferner ist der einführende Aufsatz um die Abschnitte 21 bis 27 vermehrt worden. Endlich ist das ebenfalls sabotierte Freigeldmuster beigelegt worden.

## I. Kommunismus, Freiwirtschaft und Gefells Aufgabe als Finanzminister.

1. Fast alle Mißstände, die zu Revolutionen geführt haben, sind aus verkehrtem Finanzwesen erwachsen, und fast immer war es verkehrtes Finanzwesen, das die Errungenschaften der Revolutionen wieder verloren gehen ließ. Was will jede Revolution? Freies Menschentum will sie! Frei meinen und werten, frei wohnen und wirken, frei sich einen und trennen, frei erwerben und tauschen, das ist es, was wir wollen. Frei — d. h. von öffentlicher staatllicher wie von geheimer kapitalistischer Bevormundung so uneingeschränkt wie möglich, eingeschränkt nur insoweit, daß keiner seine Mitmenschen über das geringstmögliche Maß hinaus beinträchtigt.

2. Das ist es, was auch diese Revolution will! Schon der Weltkrieg wollte im Grunde Freiheit, aber die damaligen Führer der Völker erstrebten die Freiheit nicht für alle Völker, sondern nur für die der eigenen Partei, und sie begehrten sie nicht für die gesamte Bevölkerung ihrer Länder, sondern nur für die Großkapitalisten dajelbst, für die Herren des Geldes und für die Herren des Bodens und seiner Schätze. Der Weltkrieg mißlang. Auch für die scheinbaren Sieger! Niedergang des Wohlstandes, Arbeitslosigkeit, drohender Umsturz auch dort. — Umsturz! Ja: Umsturz!! das ist der Heroldsruf zum völligen Neuaufbau der Gesellschaft im Zeichen freien Menschentums für Alle.

3. Von einem Höchstmaß von Zwang, von einem Uebermaß von Unfreiheit hat uns der Umsturz befreit. Ein halbes Jahr ist vergangen. Noch ist nichts, aber auch nichts geschehen, was uns wirklich freies Menschentum gewährleistete. Falsche Maßregeln an allen Ecken und Enden! Scheinbar wirksame Gesetze in Hülle und Fülle! Aber weder Achtstundentag noch Lohnerhöhung, weder Koalitionsrecht aller Arbeiter und Beamten noch bloßer Arbeitsvertrag zwischen Staat und Soldat, weder Kirchenreform noch Sozialisierung von Bergwerken und Großbetrieben bringt uns auch nur einen Schritt dem Ziele näher, für alle Zeit die Macht des Kapitalismus zu brechen.

4. Das wissen die Kapitalisten, d. h. die Führer des Großkapitals, sehr gut. Darum stemmen sie sich auch gar nicht nachdrücklich gegen alle diese Maßnahmen. Ja, sie stemmen sich nicht einmal gegen den scheinbar aufs Ganze gehenden formellen Kommunismus, mit dem die in der Nacht vom 13. zum 14. April in Südbayern zur Herrschaft gelangte Regierung nunmehr in München zu experimentieren beginnt. Weiß der Kapitalismus doch, daß alle Zwangsversuche zur Freiheit Unvernunft in sich sind, denen gegenüber am Ende er, der Kapitalismus, der enttäuschten Menge wieder vorkäuschen darf, die Vernunft an sich zu sein.

5. So kam es bisher stets. So kam es nach Solon in Athen, so kam es nach Licinius in Rom; so kam es nach den gutgemeinten Zinsverböten der mittelalterlichen Kirche, so nach der französischen Revolution. So aber wird es nach diesem Umsturz nicht wieder, so wird es auf Erden nie wieder kommen, wenn die Ideen des Mannes, den der bayrische Umsturz am 7. April 1919 für kurze Zeit an die Spitze der Finanzen Bayerns berief, Wirklichkeit werden. Darum hat das

bayrische Volk, hat das deutsche Volk, hat die ganze Menschheit Anspruch darauf, die volle Wahrheit über Silvio Gesells und der Seinen Aufgabe und Tätigkeit in der ewig denkwürdigen Zeit vom 7. bis zum 16. April 1919 zu hören: Nur im Zeichen von Freiland und Freigeld wird das Menschentum frei — und frei bleiben!

6. Am 12. Januar 1919 war auf Grund eines der demokratischsten Wahlrechte der Gegenwart der bayrische Landtag gewählt worden. Aus ihm ging am 7. März das rein sozialistische Ministerium Hoffmann hervor. Wie alle anderen seit dem Umsturz in Deutschland entstandenen Regierungen stand auch diese unter einem doppelten Unstern: Sie mußte auf die kapitalistischen Interessen im Landtag Rücksicht nehmen und fand nicht den Weg zu einem von Grund aus sozialistischen Programm. Dazu kam, daß sie dem Gedanken der Räteherrschaft nicht genügend Rechnung trug.

7. Infolgedessen wurde schon nach einem Monat, am 7. April, in München die Räterepublik Bayern ausgerufen und das Ministerium Hoffmann begab sich nach Bamberg. Am selben Tage bestellte der neue Vollzugsrat Silvio Gesell zum „Volksbeauftragten für das bisherige Ministerium der Finanzen, jetzt Volksfinanzhaus“. Silvio Gesell nahm den Antrag an und berief an seine Seite den in München ansässigen Dr. Th. Christen als Rechnungsbeirat sowie als Rechtsbeirat und Leiter der Abteilung für finanzielle Aufklärung den Herausgeber, der am 9. oder 10. April aus Greifswald in München eintraf.

8. Silvio Gesell hat die Finanzen Bayerns in der jammervollsten Lage übernommen: Nie bis dahin war die Volkswirtschaft in solcher Verwirrung, nie wurde so viel Geld in den Kassen der Besitzenden zurückgehalten, nie standen die Preise für die verschiedenen Waren und Arbeiten in solchem Mißverhältnis zu den vorhandenen Geldmengen und zueinander, nie war ein solches Bedürfnis nach Arbeitsgelegenheit, Wohnungen, Rohstoffen, Maschinen, Vieh, Feldfrüchten, Hausgerät und anderen Realkapitalien und Waren vorhanden, nie auch eine so geringe Lust und Fähigkeit, die Erzeugung und den Handel über das notdürftigste Maß hinaus zu steigern.

9. Wenn Silvio Gesell dennoch in diesem Augenblick den Auftrag, die bayrischen Finanzen zu ordnen, annahm, so konnte das nur — und mußte deshalb! — geschehen, weil er sich im Besitz der Mittel weiß, die Wirtschaft eines Volkes und damit seinen Staatshaushalt in Ordnung zu bringen, und zwar nicht nur für kurze Zeit, sondern für immer, und nicht im hergebrachten Geiste kapitalistischer Ausbeutung, sondern im Geiste proletarischer Gerechtigkeit, d. h. unter Ausschaltung jedes Vorrechts auf arbeitsloses Einkommen sowie auch jeder Vorpflicht zu einkommenloser Arbeit und durch Gewährleistung des vollen Arbeitsertrags.

10. Das Eigentümliche der Gesellschen Mittel ist, daß sie sich gleich frei halten von dem unmittelbaren Zwang, wie ihn der kapitalistische Staat bisher anwenden mußte, wie auch von dem, den der formell kommunistische Staat wird anwenden müssen. Alle Maßnahmen, die Gesell vorhat, beruhen auf dem unanfechtbaren Grundgedanken, daß die Macht der Kapitalisten auf dem uneingeschränkten Eigentum am Boden und auf der verkehrten Art unseres Geldes beruht. Beide sind notwendig-allbegehrte, beide sind unvergänglich, beide nicht beliebig herstellbar. Infolge dieser Eigenschaften vermag jeder, der Ueberschuß an Boden oder Geld hat, von jedem, der bei ihm darnach nachfrägt, ohne eigene Arbeitsleistung Bodenrente oder Geldzins zu erpressen.

11. Gelingt es also, diese beiden Würgengel der menschlichen Freiheit zu erwürgen, so ist das sozialistische Problem von Grund aus und für alle Zeit gelöst. Die Mittel dazu sind Freiland und Freigeld. Gesells Aufgabe bestand also darin, die rechtliche Umgestaltung alles Bodens in Freiland und die praktische Umgestaltung allen Geldes in Freigeld so rasch und so sicher zu bewirken, wie dies in menschlicher Kraft steht. Da die hierzu erforderlichen Vorarbeiten vorhanden waren, so galt es nur noch, sie ungefäumt in die Wirklichkeit umzusetzen. Zwei andere Umstände aber stellten ihm noch zwei weitere Aufgaben.

12. Die kapitalistische Finanzpolitik der Kriegs- wie auch der bisherigen Umsturzzeit haben zur Folge gehabt: eine unsinnige Vermehrung der Tauschmittel (Reichsgeld, Darlehenskassenscheine, Gemeindegeld und andere Tauschmittel), Raubbau an Rohstoffen und Realkapitalien sowie Verhinderung der Herstellung neuer Realkapitalien, Entwertung aller Wertpapiervermögen, Pensionen und dergl. aus der Zeit vor dem Kriege, Steigerung der Werte aller alten Realkapitalien aus der selben Zeit, Anhäufung unermeßlicher Kriegsgewinne in verhältnismäßig wenigen Händen, ungeheure Vermehrung der Reichs-, Staats- und Gemeindefschulden.

13. Dieser Tatbestand erforderte eine mehr als solonische „Seisachtheia“ — eine durchgreifende Entlastung des ganzen Volkes im Wege einer fest zupackenden Vermögensabgabe. Auch hierzu war Gesell und sein Kreis im Besitze der erforderlichen Vorarbeiten; auch sie galt es lediglich, in Wirklichkeit umzusetzen. Die vierte Aufgabe endlich, die zu den drei Aufgaben Freiland, Freigeld und Vermögensabgabe hinzukam, bestand darin, das in der Räteherrschaft maßgebende Volk, also die Betriebsräte und deren Wähler, d. h. die Arbeiter und Angestellten, schleunigst über die Notwendigkeit, Möglichkeit und unbedingte Wirksamkeit dieser drei Maßnahmen aufzuklären.

14. Was nun in diesem Sinne in der Zeit vom 7. bis 16. April geschehen ist, davon legen die folgenden Blätter Zeugnis ab. Außerdem ist noch folgendes geschehen: Es wurden zwei Aufträge für die Druckerei Gebr. Parcus vorbereitet, der eine zum Druck des erforderlichen Freigeldes, der andere zum Druck vorläufiger Geldstempelmarken. Jener würde in 6 Wochen, dieser in 7 bis 10 Tagen erledigt worden sein. Ferner wurden große öffentliche Vorträge in Stadt und Land vorbereitet. Aus diesen drei Maßnahmen ist jedoch infolge des Putschversuchs zu Gunsten der Regierung Hoffmann am 13. April nichts geworden.

15. Der Putsch brachte uns dreien eine 10stündige Haft im Polizeigefängnis, und im Gegenschlag zu ihm entstand eine neue und zwar eine formell kommunistische Regierung. Diese verlangte von Gesell am 14. und 15. April eine sofortige Flüssigmachung von 500 000 Mark. Hierzu konnte er sich nur bereit erklären, wenn ihm Vollmacht zur Durchführung seines Programms erteilt wurde. Für dieses Programm fehlte es der neuen Regierung an der erforderlichen Einsicht und sie bestellte am 16. April einen anderen Finanzminister. Infolgedessen hört unsere zum Segen des ganzen bayerischen Volkes begonnene Tätigkeit einstweilen auf. Wir unterbrechen sie in der Ueberzeugung, daß keine Regierung ohne unser Programm wieder Ordnung, Arbeit und Wohlstand schaffen kann.

16. Und dieses Bewußtsein haben wir mit zureichendem Grund. Wie es der formell-kommunistischen Regierung links von uns an der Einsicht in das Wesen unserer Finanzreform fehlt, so fehlt es der derzeitigen Reichsregierung rechts von uns an dem Willen zu dieser Reform: „Ich warne Sie vor Experimenten“ — das war Zeitungsnaehrichten zufolge die Antwort des Reichsbankpräsidenten von Haven-

stein auf Gefells Ankündigung vom 10. April 1919, er werde demnächst mit der Verwirklichung seines Aktionsprogramms beginnen (vergl. Stück VI, Seite 11). Man muß die weltgeschichtliche Bedeutung der fünf Worte verstehen! Wer Ohren hat zu hören, der weiß, was sie bedeuten!

17. Sie sind ein Schrei der Todesangst! Sie sind der kurze, harte, tonlose Schrei des entlarvten Missetäters — der Todesschrei des Kapitalismus, der endlich die ihm allein furchtbare Wahrheit erkennt, in deren verzehrendem Feuer verbrennen muß, was unsozial ist, für alle Zeiten. Und darum läßt dieser Schrei: „Experiment!“ Das wagt uns ausgerechnet der Mann entgegenzurufen, dessen unsinniges Assignatenexperiment seit 1914 die deutsche Volks- und Finanzwirtschaft in diesen jammervollen Zustand gebracht hat; zwangsläufig, wie wir voraussagten, und wie nur wir voraussagen konnten, die wir das Wesen des Geldes kennen.

18. Um so unglücklicher traf es sich, daß gerade in dem Augenblick, in dem unser Wille Wirklichkeit werden sollte, uns ausgerechnet von der äußersten Linken her die Macht aus der Hand genommen wurde! Mit dem Anspruch, die wahren Vernichter der Staatsschulden- und Hypothekenbarone, der Bauboden- und Erbschaftsmagnaten, der Agrar- und Industriekitterschaft zu sein, bringen unter dem Namen des Spartakismus und Bolschewismus wohlmeinende Nesthaken und Literaten dem bayerischen Volk ein formell kommunistisches Programm, dessen Verwirklichung unmöglich ist, das keineswegs geeignet ist, jedermann den vollen Ertrag seiner Arbeit zu sichern, das alles freie Menschtum erdroffeln müßte — kurzum: die Ultras von links als Ketter der Ultras von rechts!

19. Und nun, ihr Arbeiter und Angestellten, ihr Bauern und Bürger, ihr Betriebs- und Fachräte, aber auch ihr Minister und Ministeraspiranten — lest — und lest aufmerksam! — die folgenden Dokumente. Sie enthalten alle Veröffentlichungen der ersten Finanzära Gefell und geben im Verein mit diesen Ausführungen und den Anmerkungen ein vollständiges Bild seiner Tätigkeit. Dabei betone ich besonders, daß die selbständigen Maßnahmen des revolutionären Bankrats sowie diejenigen des Nachfolgers Gefells nicht das Geringste mit unserm Programm zu tun haben. Insbesondere lehnen wir jede Verantwortung für die überflüssige, bankscheumachende Schließfachöffnung am 17. April ab.

20. Lest also die folgenden Dokumente! Lest sie von Anfang bis zu Ende! Beachtet die Fälschung des sechsten Stückes: Wie tief läßt sie euch in die Angst des Kapitalismus blicken! Und haltet nicht an mit dem Lesen, bevor ihr das vierzehnte, fünfzehnte und sechzehnte Stück gelesen habt, das „Aktionsprogramm“ und die „große Vermögensabgabe“! Und vertieft euch zuletzt in das Freigeldmuster und seine Erklärung! Dann aber lest weiter in euern Gedanken! Denkt euch hinein in das Wunderreich der wahren Freiwirtschaft, gleich frei von dem heimlichen Zwang des Kapitalismus wie von dem öffentlichen des Kommunismus! Erkennt Freigeld und Freiland als die Grundlagen der Freiwirtschaft! Und dann seid Manns genug, die Männer zu Führern zu wählen, die den Weg dorthin wissen!

Augsburg, den 18. April 1919.

21. Es wird notwendig, unsre Stellung zum Kommunismus und Bolschewismus noch einmal deutlichst hervorzuheben. Alle kapitalistischen Zeitungen und besonders die von meinen akademischen und politischen Gegnern in Greifswald wider mich betriebene wüste Heße haben es verstanden, allenthalben in deutschen Landen

und sogar im Ausland die Vorstellung zu verbreiten, als ob Gesell, Christen und ich mit der zweiten bolschewistischen und kommunistischen Räteregierung zusammengearbeitet, Banknoten gefälscht, Bankfächer erbrochen und dergleichen Unfug mehr getrieben hätten.

22. Daß von alledem nichts geschehen sein kann, ergibt sich aus meinen wahrheitsgemäßen Angaben in Abschnitt 15 und 16. Wie ich erfahre, haben auch Silvio Gesell und Dr. Christen in der Zeit vom 18. 4. bis zum 4. 5., dem Tage ihrer Verhaftung, völlig als Privatleute in München gelebt. Es ist aber wichtig, denen, die durch diese Schrift die Wahrheit erfahren, mitzuteilen, welche Zwecke diese Bolschewismushefte wider uns verfolgt: Einmal sollen wir bei allen bürgerlichen, aber auch bei allen S. P. D.-Genossen und womöglich auch bei recht vielen U. S. P. D.-Genossen als Bolschewisten „gebrandmarkt“ und unmöglich gemacht werden. Dahinter birgt sich aber noch ein zweiter Zweck.

23. Der besteht darin, uns zu veranlassen, zu unserer „Reinigung“ derart von den Kommunisten abzurücken, daß es uns in naher Zukunft geht wie Buridans Esel oder dem Mann, der sich zwischen zwei Stühle setzt. Ich verweise deshalb ausdrücklich auf das von Gesell im dritten Stück der Dokumente (Seite 9) über sein Verhältnis zum formellen Kommunismus Gesagte. Dabei verstehe ich unter formellem Kommunismus den Willen zum genossenschaftlichen Betriebe der Wirtschaft, und unterscheide den vollständigen und den Zwangskommunismus, der jedermann in diese Betriebsform gezwungen wissen will, und den teilweisen oder Freikommunismus, der sie den genossenschaftlich veranlagten Menschen nur ermöglichen will.

24. Bekanntlich fürchtet nun zwar der Kapitalismus den vollständigen Zwangskommunismus nicht (vgl. oben Abschnitt 4!), aber man rechnet doch mit einem starken Anschwellen des Kommunismus. Geseht nun, die Kommunisten Deutschlands, mit denen wir innerlich im festen Willen zum Recht auf den vollen Arbeitsertrag übereinstimmen, kämen auf den Gedanken, sich unserer Freiland-Freigeldlehre zu bemächtigen, so würden sie in der Tat dem Kapitalismus gefährlich werden, der von der Ausbeutung des Arbeiterstandes, des Mittelstandes und des Beamtensstandes mittels der Bodenrente und des Geldzinses lebt. Darum muß Mißtrauen auch zwischen den Kommunisten und uns gesät werden!

25. Um nun weder in dieser noch in anderer parteipolitischer Hinsicht irgend einen Zweifel aufkommen zu lassen, so bestimme ich genauestens das Verhältnis der Freiland-Freigeldlehre zu den bisherigen politischen Parteien dahin: Noch hat sich keine bestimmte Partei unserer bemächtigt! Wir verfolgen aber mit jedem Sozialisten, der wirklich ehrlich den vollen Arbeitsertrag für jedermann erstrebt, das selbe Ziel, und ich bin überzeugt, daß jeder Sozialist, der sich selbständig in die Freiland-Freigeld-Lehre vertieft, unsere freiwirtschaftlichen Mittel als geeignet erkennen, gutheißen und übernehmen wird.

26. Was die übrigen, also die bürgerlichen Parteien betrifft, so meine ich, es müssen die Ausbeutungszwecke der offenen und geheimen Leiter dieser Parteien es unmöglich machen, daß diese Parteien als solche die Freiland-Freigeld-Forderungen je in ihre Programme aufnehmen. Hingegen glaube ich bestimmt, daß z. B. die deutschdemokratischen Wähler von ihrem liberalen Ausgangspunkt, die Zentrumswähler von der Lehre der Kirchenväter, die deutschnationalen vom *suum cuique* (Jedem das Seine!) ihres noch immer heimlichen Kaiserhauses aus zu den Freiland-Freigeld-Forderungen kommen müssen, vorausgesetzt, daß es ihnen gelingt, klar, streng und selber zu denken.

27. Lasse sich aber keiner durch gegnerische Pressfestimmen oder Vorträge ohne genaueste Nachprüfung beeinflussen! Seit München ist viel gegen Freigeld gesagt, nirgends aber unsere Lehre wahrhaft dargestellt und wirklich widerlegt worden. Lasse sich ferner auch keiner durch das bisherige Schweigen der Parteileitungen ungünstig stimmen! Jede Partei, die sich gegen Freiland-Freigeld erklären wird, muß die Massen verlieren. Die Partei aber, die sich dafür erklärt, wird die Wählermassen aller Parteien in sich vereinen! Verlange daher jeder von seiner Parteileitung offene und ehrliche Aussprache mit uns! Nach meinem Dafürhalten wird es eine sozialistische Partei sein, die die Freiland-Freigeld-Forderungen übernimmt. Heil ihr! Durch sie dem deutschen Volke Heil! Und dadurch der Menschheit!

Irgendwo im Paradiese der Freiheit, genannt Deutschland, den 24. Mai 1919.  
Polenske.

Durchdenkt diese Schrift! Empfiehlt sie! Verbreitet sie! Bestellt sie für Freunde! Schickt sie auch Gegnern! Tretet dem Freiland-Freigeld-Bund bei!

## II. Dokumente der ersten Finanzära Gesell vom 7.—16. April 1919.

Erstes Stück (München, 9. 4. 1919). — Der neuernannte Volksbeauftragte für Finanzen Silvio Gesell gibt Folgendes bekannt über die Währung.

Für die ungestörte Fortführung der Volkswirtschaft, d. h. der Produktion und des Absatzes, sowie zur Festigung aller Zahlungsverträge, ist die Lösung der Währungsfrage von entscheidender Bedeutung.

Zunächst sei bemerkt, daß eine zielbewußte Steuerung der Währung den allgemeinen Preisstand vollkommen beherrscht. Es muß nun ausgeführt werden, was das für unsere Volkswirtschaft bedeutet.

1. Für den Arbeiter ist es vollkommen gleichgültig, ob die Löhne und die Preise hoch, oder ob sie im gleichen Verhältnis niedrig sind.

2. Nicht gleichgültig aber ist die Höhe der Preise für die Tilgung der öffentlichen Schulden. Je höher die Preise, um so leichter die Schuldentilgung.

3. Der Preissteigerung ist aber eine Grenze gesetzt dadurch, daß unter unserer künftigen sozialen Wirtschaft die Arbeiter sparen können, was sie bisher so gut wie gar nicht konnten. Bei fortgesetzter Preissteigerung würden sich aber ihre Ersparnisse in empfindlichster Weise entwerten. Das darf nicht sein.

4. Andererseits sind Preisenkungen erst recht zu vermeiden. Denn sie erdroffeln unfehlbar und hoffnungslos jede Volkswirtschaft, auch die auf das beste sozialisierte. Sinkende Preise und Krisis mit Arbeitslosigkeit gingen stets und können gar nicht anders als Hand in Hand gehen. Daher u. a. heute Krisen und Arbeitslosigkeit in den „siegreichen“ und in den neutralen Ländern, auch wo Rohstoffe reichlich vorhanden sind.

5. Wir dürfen also auf keinen Fall die heutigen Preise senken, sondern müssen auch nach und nach die Löhne auf den Stand der Preise heben. Dies ist möglich, sobald die Landwirtschaft und die Industrie sicher wissen, daß sie zuverlässig mit festen oder vielleicht anfangs noch etwas steigenden Preisen rechnen können. Dann können sie auch höhere Löhne zahlen, andernfalls können sie es nicht. Mit

Preissenkungen, und wären sie noch so „gut gemeint“, würde der soziale Staat sich selbst erdroffeln.

6. Die ganze Wirtschaft läuft aber um so sicherer und reibungsloser, je fester man sich auf die Unveränderlichkeit des mittleren Preisstandes verlassen kann. Es muß daher — auch mit Rücksicht auf das unter 3. Gesagte — dem Währungsamt aufgetragen werden, eine weitere Preissteigerung nur soweit zuzulassen, als es die Aufrechterhaltung des Zahlungsverkehrs erfordert. Sobald der Zahlungsverkehr gesichert ist, wird das Währungsgeld auf die absolute Währung verpflichtet.

7. Da die absolute Währung nur mit Freigeld dauernd durchführbar ist, da außerdem das Freigeld die ganze Volkswirtschaft auf das kräftigste belebt, da endlich unter der dauernden Wirkung des Freigeldes der Zinsfuß automatisch sinkt und die Löhne entsprechend steigen, kann allein das Freigeld für die Räterepublik in Betracht kommen.

Für alle Einzelheiten, betreffend das Freigeld und die absolute Währung, verweisen wir auf die reichhaltige Literatur des Freiland-Freigeld-Bundes.<sup>\*)</sup> Wir legen aber großen Nachdruck auf die feststehende Tatsache, daß durch Freigeld der Kapitalismus reiflos beseitigt und am Wiedererstehen mit absoluter Sicherheit verhindert wird. Wir können um der Arbeitsteilung willen auf den Gebrauch des Geldes nicht verzichten. Dagegen müssen wir unter allen Umständen das bisherige kapitalistische Geld ausschalten, sonst würde es uns auf Schritt und Tritt immer wieder einen Strich durch die Rechnung machen.

Die Wirkung auf den Wechselkurs bleibt einer besonderen Bekanntmachung vorbehalten.

Zweites Stück (München, 10. 4. 1919). — Der Volksbeauftragte für Finanzen der Räterepublik Bayern an alle Arbeitenden, Gläubiger und Schuldner Bayerns und des Deutschen Reichs!

Die Erfahrung der Kriegsjahre und der Uebergangswirtschaft haben in mir die Ueberzeugung gefestigt, daß der allgemeine Mangel an Kenntnissen des Geldwesens ein großes Unheil ist. Es wäre niemals zu der heutigen, tief beklagenswerten, ziellosen Papiergeldwirtschaft gekommen, wenn die Maßnahmen der führenden Finanzmänner stets einer sachgemäßen Kritik aus dem Volke unterzogen worden wären. Daß es überhaupt dahin kommen konnte, wo wir heute stehen, ist nur aus einem erschreckenden Mangel an öffentlicher Kritik erklärbar.

Ich halte es daher für eine meiner wichtigsten Pflichten, für die Aufklärung des ganzen Volkes auf breiter Grundlage zu sorgen, und habe zu diesem Zweck dem mir unterstellten Volksfinanzhaus (früher Ministerium der Finanzen) eine Abteilung für Volksaufklärung angegliedert, die beauftragt ist, regelmäßig kurze Aufsätze in der Presse zu veröffentlichen.

Silvio Gesell.

Drittes Stück (München, 10. 4. 1919). — Freiwirtschaft.

Der Volksbeauftragte für Finanzen Silvio Gesell hält es für dringend notwendig, die breiteste Öffentlichkeit stets auf das genaueste über alles das zu unterrichten, was im künftigen Geldwesen geschehen wird. Es darf nicht das geringste geschehen, was nicht das ganze Volk klar übersehen kann, denn nur so ist es zu vermeiden, daß bei jeder öffentlichen Beunruhigung große Scharen aufgeregter

<sup>\*)</sup> Vergleiche auf Seite 23.

Menschen sich vor den Schaltern der Banken drängen, um dort — Geldpapier zu holen. Als wir vor Jahren voraussagten, daß Banknoten genau so würden gehandelt werden, wie früher das liebe Gold, da wollte man es uns nicht glauben. Heute kann es jeder mit Händen greifen. Hätte rechtzeitig eine reiflose Aufklärung des ganzen Volkes bis herunter zum einfachen Arbeiter über Ziele und Methoden der staatlichen Geldverwaltung eingesetzt, dann wären solche kopflosen Handlungen ganz unmöglich.

Damit aber nicht die alleruntersten Anfänge in der Tagespresse behandelt werden müssen, bitten wir die ganze Bevölkerung, jede müßige Stunde zum Studium dieser mehr als je höchst wichtigen Dinge zu verwenden.

Zu unserm Glück hat in den letzten 4 Jahren der Freiland-Freigeld-Bund eine bereits ansehnliche Literatur geschaffen, auf die wir uns für unsere weitere Aufklärungsarbeit ohne weiteres stützen können. Wir werden die Bedeutung einzelner dieser Schriften in den nächsten Tagen eingehender erörtern. Die Nachfrage nach diesen Schriften ist in der letzten Zeit so stark geworden, daß große Neuauflagen notwendig werden.

In größerer Menge ist zurzeit nur noch „Freiwirtschaft“ vorhanden, worin der Nachweis geleistet wird, daß es zwischen dem Kapitalismus, der heute wohl allgemein verurteilt wird, und dem Marx'schen Sozialismus, dessen Anhänger heute stumm sind, noch ein Drittes gibt, die Freiwirtschaft.

Man wird uns vielleicht sagen, daß es noch etwas anderes gebe: den Kommunismus. Gewiß gibt es den, wengleich wohl heute die Mehrheit der Staatsbürger noch nicht mit dessen zwangsweiser Einführung einverstanden sein dürfte.

Das wollen ja auch die Kommunisten gar nicht; denn Zwangskommunismus wäre Sklaverei, die Revolution aber soll die Freiheit bringen.

Wer kommunistisch zu leben wünscht, dem muß es unbedingt freistehen, sich einer kommunistischen Gesellschaft anzuschließen, und dieser Gesellschaft darf nicht das geringste in den Weg gelegt werden. In einem sozialisierten Staate wird Raum genug für kommunistische Gemeinschaften sein. Noch selten ist die Zeit für den Kommunismus so reif gewesen wie jetzt. Der Kapitalismus hat die Kommunisten erdroffelt, die Freiwirtschaft wird ihnen Raum und Arbeit schaffen. Allerdings gehört dazu unbedingt auch eine kommunistische Gesinnung. Denn wenn man nur Wirtschaftskommunismus treibt, während der Mensch in seinem Herzen noch Kapitalist bleibt, dann verarmt die kommunistische Gemeinschaft.

Wir bitten alle, die jetzt nach Kommunismus rufen, sich selbst aufrichtig zu prüfen und sich die Frage vorzulegen, ob ihr Kommunismus mehr ist als der Ausfluß einer großen Not. In der Freiwirtschaft, die nach zielbewußter Gesundung des Geldwesens sich automatisch einstellt — eine Sache, die ohne eingehende Darstellung selbstverständlich nicht ohne weiteres zu begreifen ist — wird jeder die freie Wahl haben, Kommunist oder Individualist zu sein.

Wer aber mit den seinerzeit viel gebrauchten Worten „Freie Bahn dem Tüchtigen“ wirklich Ernst machen will, der muß sich mit dem Gedanken der Freiwirtschaft auseinandersetzen und sich die Frage vorlegen, ob er sich einen wirtschaftlichen Zustand denken kann, in dem der Tüchtige in so hohem Maße freie Bahn hat. Denn Freiheit, persönliche Freiheit, Ellenbogenfreiheit und Gewissensfreiheit muß der Mensch haben, sonst verkümmert er.

Das Volksfinanzhaus, Abteilung für Volksaufklärung.

Viertes Stück<sup>1)</sup> (München, 10. 4. 1919). — Es wird verfügt:

1. Rückumwandlungen von Forderungen, die in das bayerische Staatsschuldbuch eingetragen sind, in Staatsschuldschreibungen sind nur bei nachgewiesenem Bedürfnis und nur bis zum Betrage von höchstens M. 10.000,— Nennwert zulässig.

2. Anträge auf Aenderung der Zahlungsweise für die Zinsen aus Schuldbuchforderungen sind bis auf weiteres unzulässig.

München, den 10. April 1919.

Der Volksbeauftragte der Räterepublik Baiern für das Finanzwesen  
gez. Silvio Gesell.

Fünftes Stück<sup>2)</sup> (München, 10. 4. 1919). — Um die Zahlungsmittelknappheit einzuschränken, wird verfügt:

Die Zinsscheine der Bayerischen Staatsanleihen (Allgem. Anl., Eisenbahn-Anl., einschl. der Pfälz. Eisenbahnprioritäten, Grundrentenschuld, Landeskulturrentenschuld) bis einschließlich 1. Juli 1919 werden mit sofortiger Wirksamkeit im Bereiche der Räterepublik Baiern als gesetzliches Zahlungsmittel erklärt.

Die Banken usw. werden hiermit aufgefordert, mit aller Beschleunigung die Defachierung und Gutschrift der in den Depots und eigenen Beständen ruhenden bayerischen Staatsanleihen zu betätigen.

Ausfolgung bezw. Uebersendung von derartigen Zinsscheinen an Depotskunden etc. in Natura sind verboten.

Der Volksbeauftragte der Räterepublik Baiern für das Finanzwesen  
gez. Silvio Gesell.

Sechstes Stück (München, 11. 4. 1919). — Silvio Gesell stemmt sich der Papiergeldflut entgegen.

Wie bereits gemeldet, hat unser Volksfinanzmann folgendes Telegramm nach Berlin gesandt:

„An das Reichsbankdirektorium Berlin.

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Räterepublik Baiern und der Reichsregierung<sup>3)</sup> stellt uns vor die Frage, ob wir auch in Bezug auf die Währung selbständig vorgehen sollen. Die Uebertragung des diplomatischen Bruches auf das Geldwesen würde den Wiederanschluß in beklagenswerter Weise erschweren. Ich will mit durchgreifenden Mitteln die Währung sanieren, verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft<sup>4)</sup>, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme<sup>5)</sup>.

Silvio Gesell,

der Volksbeauftragte der Räterepublik Baiern für das Finanzwesen.  
München, den 10. April 1919.“

<sup>1)</sup> Ergangen an die auf S. 418/419 des Bayer. Jahrbuches 1919 aufgeführten Banken in München.

<sup>2)</sup> Ergangen an die auf S. 418/419 des Bayer. Jahrbuches 1919 aufgeführten Banken in München.

<sup>3)</sup> — sowie die Weigerung der Reichsbank, Reichsgeld zur Verfügung zu stellen. Der Angriff ging also von der Reichsbank aus, nicht von Gesell, der aber natürlich die Gelegenheit zum Gegenstoß ergriff.

<sup>4)</sup> „verlasse die Wege der systemlosen Papiergeldwirtschaft.“ Das stand in dem Telegramm! Aber in einer großen Zahl von kapitalistischen Blättern Deutschlands und der Schweiz und vermuthlich auch anderer Staaten war dieser Satzteil weggelassen! Und nun vergleiche man den Wortlaut des Telegramms mit dem der Zeitungen: „Ich will . . die Währung

Wir wissen es alle: Wenn wir nicht mit aller Energie Ordnung in unser zerfahrenes Geldwesen bringen, so kommen wir aus dem gegenwärtigen Wirrwarr nimmer heraus, sondern tiefer und tiefer hinein. Diese Ordnung werden wir erzwingen. Die Machtmittel dazu — unblutige Machtmittel — haben wir in der Hand.

Geld regiert die Welt. Bis heute hat es zu unserm Verderben regiert. Künftig soll es uns Segen bringen.

Zuerst wird unsere Neuordnung des Geldwesens die heißersehnte Versöhnung zwischen Stadt und Land schaffen, indem unser Geld den Austausch der Erzeugnisse zwischen Arbeitern und Bauern zwangsläufig sichert. Es wird ein richtiges Arbeiter- und Bauerngeld sein. Dann ist auch der innere Friede gesichert. Näheres über das Wesen und die Wirkung dieses Geldes werden wir demnächst veröffentlichen.

Arbeiter und Bauern, bringt unserem Volksbeauftragten für Finanzen unbeschränktes Vertrauen entgegen; er verdient es in vollem Maße und wird Euch nicht enttäuschen!

Das Volksfinanzhaus, Abteilung für Volksaufklärung.

Siebentes Stück. — Auswärtigen Zeitungen zufolge hat der Reichsbankpräsident v. Havenstein auf das im sechsten Stück mitgeteilte Telegramm erwidert: „Ich warne Sie vor Experimenten!“

Zu diesem Telegramm vergleiche man Einleitung Nr. 16 und 17!

Achtes Stück (München, 12. 4. 1919). — Zur Aufklärung!

Viele Leute wissen von Silvio Gesell weiter nichts, als daß er ein Zinsgegner sei, und nun klümmern und sorgen sie um ihre Ersparnisse, die ihnen künftig nichts mehr abwerfen werden. Auch fürchten manche, daß nun, nachdem ein so hervorragender Kopf, wie Gesell, sich der Räte-Republik zur Verfügung gestellt hat, eine raffinierte Vermögensfiskation einsetzen wird. Wer das Glück hat, Gesell persönlich zu kennen, diesen grundehrlichen, herzensguten Menschen, kann über solche Besorgnisse nur lächeln. Aber wir sind der Öffentlichkeit sachliche Erklärungen schuldig.

1. Ueber den Zins ist zu sagen, daß nach unserem Finanzprogramm von einer „Abschaffung“ des Zinses, etwa durch zinsbeschränkende Verordnungen oder gar durch Zinsverbote, wie im Mittelalter, keine Rede ist. Richtig ist dagegen, daß unter der absoluten Währung, die wir einführen werden, der Zinsfuß ganz von selbst von Jahr zu Jahr langsam sinkt. Die Folge dieser Senkung des Zinsfußes ist eine Steigerung der Löhne, die einen höheren Betrag ausmacht als die Verminderung der Zinsen. Warum das so ist und so sein muß, ist in den Schriften des Freiland-Freigeld-Bundes nachzulesen. Gesagt muß aber hier schon werden, daß die Senkung des Zinsfußes unter der absoluten Währung nichts Willkürliches, sondern das Produkt einer natürlichen Entwicklung ist, die den alten Rentnern längst Zeit läßt, auszusterben. Die späteren Geschlechter aber werden aus den wachsenden Löhnen für ihr Alter weit mehr sparen und dann von der Amortisation (Abschreibung) reichlich zu leben haben. Der reiche Segen aber, der für die Wirt-

sanieren, gehe zur absoluten Währung über und bitte um Bekanntgabe Ihrer Stellungnahme.“ Welchem Arbeiter, Bauern, Bürger oder Akademiker sagt diese Fassung das, was Silvio Gesell wollte? Nur dem, der schon etwas von „absoluter“ Währung weiß (vgl. das neunte Stück!). Und wie viele, ach, wie wenige sind das, dank dem dicken Nebel, der die volks- und finanzwirtschaftlichen Tafsachen der Masse des Volks und seinen bisherigen Gelehrten und Führern verbirgt!

5) Gesell will also noch verhandeln!

schaft und für die individuelle Persönlichkeit aus einem dauernden Sinken des Zinsfußes hervorgeht, läßt sich nicht in kurzen Worten darlegen.

2. Eine große Vermögensabgabe wird kommen, und zwar sobald als möglich. Man darf dem Kranken nicht zumuten, daß er selbst die Zahnzange zur Hand nehme, um sich den schmerzenden Zahn auszuziehen. Deshalb müssen wir das tun. Man soll aber auch mit dem Zahnziehen nicht warten, bis der Kranke sich tagelang im Zahnschmerz gewunden hat. Deshalb muß die Steuer rasch kommen. Wir sind überzeugt, daß alle billig denkenden Einwohner des Landes uns hierin zustimmen werden.

3. Daß die kleinen Leute bei der Vermögensabgabe in weitgehendstem Maße geschont werden, ist für uns selbstverständlich. Es ist eine gestaffelte Vermögenssteuer vorgesehen, die so aufgestellt wird, daß sie bei möglichst günstigem Ertrag eine möglichst gerechte Verteilung der Lasten schafft. Leider ist das vorerst dadurch sehr erschwert, daß uns keine brauchbare Vermögens-Statistik zur Verfügung steht. Wir werden trotzdem mit möglichster Beschleunigung ein Projekt für die große Vermögensabgabe ausarbeiten.

4. Daß auch für die alten und vermindert arbeitsfähigen, ganz besonders für die Kriegsbeschädigten und Hinterlassenen von gefallenem Krieger auf das Beste gesorgt wird, dessen darf das bairische Volk versichert sein. Gesell hat diesen Posten an erster Stelle in seine Rechnung gesetzt. So hat er z. B. erst kürzlich bei der vorübergehenden Knappheit an Zahlungsmitteln sofort 6 Millionen Mark für die Kriegsbeschädigten sicher gestellt. Der Abordnung, die ihn hierum bat, antwortete er: „So lange eine Ader in mir lebt, ist für die Kriegsbeschädigten gesorgt“.

Die Kriegsverletzten, die Kriegskranken, die in ihrem Nervensystem Heruntergekommenen, die Witwen und Waisen von Krieger, die Alten und Vermindert-arbeitsfähigen dürfen also ohne allzu schwere Sorgen in die Zukunft blicken. Was irgendwie für sie getan werden kann, wird geschehen.

Das Volks-Finanzhaus, Abteilung für Volksaufklärung.

Neuntes Stück (München, 12. 4. 1919). Was bedeutet „absolute“ oder „feste“ Währung? <sup>1)</sup> Jedermann, der nicht im Trüben fischen will, muß von der Währung eines Landes verlangen, daß die Kaufkraft des Geldes sich dauernd gleichbleibt, daß das Geld „währe“. Ist das nicht der Fall, steigt oder fällt die Kaufkraft des Geldes von Zeit zu Zeit, so ist die Währung eine schwankende, eine relative. Bleibt sich dagegen die Kaufkraft des Geldes dauernd gleich, so ist die Währung eine feste, eine absolute.

Allerdringendste Aufgabe der Währungspolitik eines Staates ist es also, für eine feste oder absolute Währung zu sorgen. Eine solche Währung würde die meisten Unruhen, Sorgen und Hemmungen beseitigen, die die bisher schwankende Währung über unser Volk gebracht hat, insbesondere die völlig einichtslose Währungspolitik der Regierungen vor dem Umsturz und nach dem Umsturz.

1. Absolute Währung würde für die Arbeiter und Festbesoldeten bedeuten, daß Löhne und Gehalt dauernd den gleichen Wert für den Bezahler behalten: Er wird nicht, wie das bisher der Fall war, alle paar Monate nach Lohn- und Gehaltserhöhung streben müssen, einzig aus dem Grunde, um für mehr Geld, als

<sup>1)</sup> Ob und inwieweit dieser Aufsatz und die folgende Erklärung in den Wirren nach dem 13. April den Weg in die Zeitungen gefunden hat, läßt sich zurzeit nicht feststellen.

er bisher bekam, ebensoviel Wohnung, Nahrung, Kleidung, Vergnügen usw. zu bekommen wie bisher.

2. Ebenso würde für die Pensionäre und Rentner die absolute Währung bedeuten, daß Pensionen und Zinsertrag immer die gleichen Werte für sie behalten: sie würden also nicht, wie bisher, hilflos zusehen müssen, wie sie sich trotz gleichbleibender Geldeinnahme von Jahr zu Jahr immer mehr einschränken müssen.

3. Für die Bauern bedeutet die absolute Währung, daß sie sowohl beim Einkauf wie beim Verkauf der in der Landwirtschaft erzeugten und benötigten Artikel in einer ganz andern Weise als das bisher der Fall gewesen ist, dauernd mit festen Preisen rechnen und diese für alle Zukunft zur Grundlage ihrer Wirtschaft machen können.

4. Für die Unternehmer, Fabrikanten, Handwerker und Kaufleute bedeutet die absolute Währung, daß sie nicht bei jeder ihrer geschäftlichen Maßnahmen ständig unter dem Druck leben, daß durch das Schwanken der Währung, wie es bisher unvermeidlich war, ihre Berechnungen über den Haufen geworfen werden.

5. Demnach bedeutet für die Volkswirtschaft die Einführung der absoluten Währung eine wesentliche Voraussetzung für die Wiederkehr des wirtschaftlichen Vertrauens: ohne absolute Währung werden Landwirtschaft, Industrie und Handel nie zu freier und voller Schaffenskraft kommen.

6. Daher bedeutet das für den Volksbeauftragten für Finanzen, daß ohne Einführung der absoluten Währung die natürlichen Steuerquellen des Landes nie wieder so reich und so leicht fließen werden, wie es die Erfüllung der Staatsaufgaben erfordert. Das Volksfinanzhaus, Abteilung für Volksaufklärung.

**Durchdenkt diese Schrift! Empfiehlt sie! Verbreitet sie! Bestellt sie für Freunde! Schickt sie auch Begnern! Tretet dem Freiland-Freigeld-Bund bei!**

Zehntes Stück (München, 13. 4. 1919). — Am Sonntag, den 13. April, beschäftigte sich Gesell mit der Niederschreibung des folgenden Entwurfs zu einem Brief an den Zentralrat:

Nach Mitteilung der Firma Parcus wird die Herstellung der 100 Millionen neuer Banknoten mindestens 4 bis 6 Wochen, wahrscheinlich länger, dauern. Ich vermag die Wahrheit dieser Angaben nicht zu kontrollieren. Ich bitte Nachforschung zu halten, ob nicht ein Sabotageversuch der Firma Parcus vorliegt.

(Die Betriebsräte der Firma bestätigen im wesentlichen deren Angaben.)

Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, das Vertrauen des Publikums zu den Banken wieder herzustellen, damit es die gehamsterten Noten wieder dem Verkehr zurückgibt, denn wir können unmöglich 4 bis 6 Wochen lang bis zur Herstellung der neuen Noten den Geldverkehr entbehren. Der Zahlungsverkehr muß unbedingt aufrecht erhalten werden.

Ein gutes Mittel wäre die Aufhebung der Deposperrre für Wertpapiere. Mit diesen Papieren können wir doch nichts anfangen. Kommt es zur großen Vermögensabgabe, so fassen wir das Vermögen an der Quelle. Wir belegen alle Vermögensobjekte mit einer ersten Staatshypothek und lassen den Verkehr mit den Wertpapieren frei.

Es müssen zur Sicherung des Zahlungsverkehrs jedoch noch kräftigere Mittel in Anwendung gebracht werden, und ich schlage folgendes vor: Die Banknoten werden einer regelmäßigen wöchentlichen Abstempelung unterworfen. Es werden Stempelmarken angefertigt und in den Postanstalten zum Verkauf gestellt. Die Geldbesitzer kleben diese Marken auf die Rückseite der Banknoten. Die Banken, Kaufleute und staatlichen Anstalten weisen alle nicht ordnungsgemäß gestempelten Noten zurück. Der Besitz ungestempelter Noten ist verboten.

Wer dieser Steuer entgehen will, bringt sein Geld zur Bank. Die Banken bringen den für den Verkehr nicht benötigten Geldbestand auf die Staatsbank.

Die Höhe der Stempelsteuer wird durch den mit ihr verfolgten Zweck bemessen. Genügt ein Promille in der Woche . . .

Hier wurde der Schreiber verhaftet, und mit ihm Dr. Christen und der Herausgeber.

---

### Elftes Stück (München, 14. 4. 1919). — Erklärung.<sup>1)</sup>

Wir, die Unterzeichneten, sind gestern nachmittags 3 Uhr auf Veranlassung einer uns unbekanntem Instanz<sup>2)</sup> mitten aus unserer Arbeit verhaftet und in das Polizeigefängnis abgeführt worden. Nachts um 3 Uhr wurden wir durch Gewalt befreit und setzen heute unsere Arbeit fort.

Die Unterbrechung unserer Ordnungsarbeit geschah nur, weil wir der Gewalt weichen mußten, und wir erklären feierlichst, daß wir freiwillig unsern Posten nicht verlassen werden, bevor das große Werk der Neuordnung unseres zerfahrenen Geldwesens vollendet und der Neuaufbau des bayerischen Wirtschaftslebens, vornehmlich die Arbeitsgemeinschaft zwischen Stadt und Land gesichert ist. Wir sind dagegen fest entschlossen, uns wieder zurückzuziehen und die weiteren Verwaltungsarbeiten unsern Nachfolgern zu überlassen, sobald unser Ziel erreicht ist.

Wir bitten aber auf das Dringlichste, uns in unserer Arbeit künftig nicht mehr zu stören. Unsern Gegnern erklären wir, daß unsere gewaltsame Entfernung auch ein zweites Mal nutzlos sein wird. Denn es sind heute schon zu viele Arbeiter und Bauern, die uns Vertrauen entgegenbringen. Diese werden uns immer wieder zurückholen und uns auf unsern Platz stellen.

Der Volksbeauftragte für die Finanzen Silvio Gesell.

Der Rechnungs-Beirat Dr. Th. Christen

Der Rechtsbeirat Prof. Dr. K. Polenske.

---

### Zwölftes Stück. — An die Geldhamster.<sup>3)</sup>

Geldpanik über Geldpanik — das waren die Zeichen, unter denen schon vor dem Kriege, in steigendem Maße während des Krieges, und ganz besonders seit dem Umsturz bis auf den heutigen Tag unsere ganz auf Geld aufgebaute Wirtschaft stand. Wieder stehen wir im Zeichen einer Geldpanik.

Sie soll die letzte sein!

<sup>1)</sup> Vgl. die Anm. zu Stück 9.

<sup>2)</sup> Es waren die widersprechendsten Gerüchte über die Urheber des Puffes im Schwange.

<sup>3)</sup> Der Anschlag dieses Aufrufs und der am Schluß angekündigte Vortrag ist durch die kommunistische Regierung (vom 13/14. 4.) verhindert worden. Infolgedessen ist auch die Fertigstellung der Entwürfe zu weiteren Anschlägen in dieser Richtung unterblieben.

Was war die Ursache jeder bisherigen Geldpanik? Bei irgendwelcher äußeren oder inneren Unruhe meinte jeder, durch Geldhamsterei sich selbst zu sichern, und übersah, daß er dadurch nicht nur dem Staat, den Gemeinden und seinen Mitmenschen den Boden unter den Füßen wegzog, sondern auch sich selbst.

Denn das Geld muß rollen, und wer es nicht selbst als Unternehmer rollen lassen mag, der mag durch Deponierung auf den Banken und Sparkassen diesen Gelegenheit geben, es zum Rollen zu bringen. Dann lockt das Geld Arbeit und Waren hervor. Geld soll nur Tauschmittel sein, nicht Sparmittel!

Wer Geld aufspart, der hindert, daß es nach Arbeit und Ware nachträgt, der entzieht es dem Markt und bewirkt, daß es zum Sperrmittel für die Produktion wird. Nichts aber ist uns notwendiger, als daß wir möglichst viel produzieren. Dann werden wir konsumieren und zu neuer Produktion anregen.

Daher sollte niemand mehr bares Geld im Hause haben, als er für die nächsten Tage braucht. Wer mehr im Hause hat, bringe es vertrauensvoll auf Bank oder Sparkasse zurück. Dort ist es sicher und findet nützliche Verwendung. Um so eher wird die Banksperre aufgehoben werden.

Hat diese Aufforderung Erfolg, was sich darin zeigen würde, daß die Bevölkerung morgen und übermorgen in hellen Haufen auf die Spar- und Depositenkassen eilen würde, um diesen die gehamsterten Gelder zurückzuzahlen, so wird es keiner weiteren Maßnahme bedürfen.

Bleibt dieser Erfolg aus, so würden wirksame Maßnahmen getroffen werden, um ihn herbeizuführen. In einer Enteignung des Geldes oder in Strafen werden diese Maßnahmen nicht bestehen, und es werden Maßnahmen sein, denen sich niemand entziehen kann.

Der Volksbeauftragte für die Finanzen  
Gesell.

Achtung! Am Dienstag, den 15. April 1919 hält Genosse Prof. Dr. K. Polenske, Leiter der Abteilung für finanzielle Aufklärung, im Löwenbräukeller, abends um 1/8 Uhr, einen Vortrag über „Boden und Geld in der Volkswirtschaft“.

Dreizehntes Stück (München, 14. 4. 1919). — Einladung zu einer internationalen Valutakonferenz durch Radiotelegramm.<sup>1)</sup>

An Alle!

Das Volkfinanzhaus der Räterepublik Baiern hat die Neuordnung des zerstückelten Geldwesens in die Hand genommen, um den Austausch der Produkte aller Arbeitenden sicher zu stellen, und läßt an alle Länder eine Einladung zu einer internationalen Valutakonferenz in München ergehen.

Silvio Gesell.

Vierzehntes Stück (München, 14. 4. 1919). — Silvio Gesells proletarisches Aktionsprogramm.<sup>2)</sup>

München, den 14. April 1919.

Arbeiter aller Parteien, Bauern, seid einig gegen den die Menschen und Völker verhehenden Kapitalismus!

<sup>1)</sup> Die Verbreitung dieser Einladung durch Radiotelegramm ist durch die kommunistische Regierung (vom 13/14. 4.) verhindert worden.

<sup>2)</sup> Dieses Aktionsprogramm ist durch Verbreitung von 500 Stück in der Nachmittags-sitzung der Münchener Betriebsräte vom Dienstag den 15. April 1919 den berufenen Führern der Münchener Arbeiter- und Angestelltenschaft zur Kenntnis gebracht. Dies geschah im Gegensatz zu den Plänen der formellen kommunistischen Regierung.

Einigt Euch auf folgendes Aktionsprogramm!

1. Allgemeine große Vermögensabgabe <sup>1)</sup> zur Finanzierung folgender Aufgaben:
  - a) Sicherung ausreichender Fürsorge für alle Kriegsbeschädigten unter Erweiterung dieses Begriffes auf alle gesundheitlich und seelisch Geschädigten;
  - b) Sicherung gerechter Fürsorge für alle Arbeitslosen und für alle, die durch den Krieg in Not gerieten und noch geraten werden;
  - c) Sicherung der Fürsorge für die Hinterbliebenen;
  - d) Aufteilung des Großgrundbesitzes und Erstellung von Heimstätten für das ländliche und städtische Proletariat;
  - e) Beschaffung von Nutzvieh und Arbeitsgerät für diese Heimstätten;
  - f) Tilgung aller Staats- und Gemeindefschulden.

2. Einhergehend mit diesen finanziellen Aktionen soll mit grundstürzenden Reformen volkswirtschaftlicher Natur dem Kapitalismus zu Leibe gerückt werden, so daß seinekehr für alle Zeiten ausgeschlossen bleibt:

- a) durch Freigeld soll die allgemeine Zinswirtschaft in natürlicher Entwicklung abgebaut werden;
- b) durch Freiland sollen die Grundrenten in die allgemeine Mütterkasse geleitet, allen Frauen eine Monatsrente für jedes ihrer Kinder ausgerichtet werden — Mutterrente, Mutterchutz —; die Mütter sollen an die Stelle der Grundrentner treten!

Arbeiter! Für den Aufbau unserer Volkswirtschaft und für die Erfüllung aller unserer harrenden Aufgaben ist der Vollbetrieb der Volkswirtschaft unentbehrlich. Solange aber die Arbeiter nicht die große Hoffnung hegen können, daß es nun diesmal für alle Zeiten wirklich aus ist mit der unmoralischen und unnatürlichen Zweiteilung des Volkes in Arbeiter und Faulenzer, in Ausbeuter und Ausgebeutete, kann und wird die Arbeit nicht aufgenommen werden, und dann werden wir dem völligen Untergang entgegenzehen.

Die Einigung auf dieses Aktionsprogramm wird mit einem Schlag die Lage retten.

Fünfzehntes Stück (München, 14. 4. 1919).<sup>2)</sup> — Die große Vermögensabgabe.

Motto: Der Worte sind genug gewechselt,  
Laß mich nun endlich Taten sehn.

Allzulange hat das arbeitende Volk darauf warten müssen, daß endlich einmal mit der großen Vermögensabgabe Ernst gemacht werde. Das Volksfinanzhaus hat keine Zeit verloren und ist schon jetzt in der Lage, einen ungefähren Plan aufzustellen, nach dem gehandelt werden wird. Nebensächliche Aenderungen bleiben vorbehalten je nach dem Ergebnisse der zurzeit in Vorbereitung befindlichen Vermögensstatistik.

Daß die Abgabe nach oben gestaffelt sein muß, ist selbstverständlich. Die kleinen Leute müssen weitgehend geschont, die Reichen entsprechend belastet werden. Die Verteilung der Abgaben auf die Vermögen verschiedener Größe ist nach einer bestimmten mathematischen Progression berechnet und zeigt folgendes Bild:

<sup>1)</sup> Hier handelt es sich um die allgemeine Vermögensabgabe. Auf einem andern Blatt steht die Heimholung der unerdienten Kriegsgewinne. Diese Maßregel steht aber nicht im direkten Zusammenhang mit dem Finanzprogramm Gesells und wird daher hier nicht behandelt.

<sup>2)</sup> Stück 15 ist in der selben Weise verbreitet worden wie Stück 14. Wegen der Heimholung der Kriegsgewinne vergl. Anm. 2 zum vierzehnten Stück.

Tabelle I.

Bei einem Vermögen von Mk.	wird als Steuer bezahlt Mk.	und es verbleibt ein Vermögensrest von Mk.
10 000.—	—	10 000.—
20 000.—	1 000.—	19 000.—
30 000.—	2 500.—	27 500.—
40 000.—	4 500.—	35 500.—
50 000.—	7 000.—	43 000.—
60 000.—	10 000.—	50 000.—
70 000.—	13 500.—	56 500.—
80 000.—	17 500.—	62 500.—
90 000.—	22 000.—	68 000.—
100 000.—	27 000.—	73 000.—
200 000.—	82 000.—	118 000.—
300 000.—	142 000.—	158 000.—
400 000.—	207 000.—	193 000.—
500 000.—	277 000.—	223 000.—
600 000.—	352 000.—	248 000.—
700 000.—	432 000.—	268 000.—
800 000.—	517 000.—	283 000.—
900 000.—	607 000.—	293 000.—
1 000 000.—	700 000.—	300 000.—
mehr als 1 000 000.—	alles über 300 000.—	300 000.—

Für die zwischen den in Tabelle I angegebenen Beträge liegenden Vermögens-  
effe wird die Steuer nach Tabelle II bemessen:

Tabelle II.

Vermögenssteile zwischen Mk.	und	Mk.	werden versteuert mit
10 000.—	und	20 000.—	10 %
20 000.—	"	30 000.—	15 "
30 000.—	"	40 000.—	20 "
40 000.—	"	50 000.—	25 "
50 000.—	"	60 000.—	30 "
60 000.—	"	70 000.—	35 "
70 000.—	"	80 000.—	40 "
80 000.—	"	90 000.—	45 "
90 000.—	"	100 000.—	50 "
100 000.—	"	200 000.—	55 "
200 000.—	"	300 000.—	60 "
300 000.—	"	400 000.—	65 "
400 000.—	"	500 000.—	70 "
500 000.—	"	600 000.—	75 "
600 000.—	"	700 000.—	80 "
700 000.—	"	800 000.—	85 "
800 000.—	"	900 000.—	90 "
900 000.—	"	1 000 000.—	95 "
mehr als		1 000 000.—	100 "

Beispiel:

Wer ein Vermögen von Mk. 280 000.— besitzt, zahlt für die	
ersten Mk. 200 000.— laut Tabelle I . . . . .	Mk. 82 000.—
für den Rest von Mk. 80 000.— laut Tabelle II 60%, also . . . . .	„ 48 000.—
	<hr/>
	Mk. 130 000.—

Wir fügen bei, daß wir auch für die Finanzierung und die Erhebung dieser Vermögenssteuer einen wohlausgearbeiteten Plan in Händen haben, der dem Kapitalisten kein Entrinnen gestattet.

Wir geben den Kapitalisten zu bedenken, daß sie nichts Besseres tun können, als sich willig zu fügen. Würden wir diese Steuer nicht erzwingen, so würde das Proletariat endgültig die Geduld verlieren; es käme mehr und mehr zu Gewalttaten, und keine Regierungsgewalt könnte mehr auf die Dauer sich dem allgemeinen Zusammenbruch der Ordnung entgegenstellen. Die Kapitalisten würden dann nicht nur einen großen Teil ihres Vermögens verlieren, sondern das ganze Vermögen und vielleicht das Leben dazu. Mit der großen Vermögensabgabe bewahren wir die Kapitalisten vor diesem Schicksal, und dafür sollen sie uns aufrichtig dankbar sein.

Ueber die Besteuerung der Ausländer wird mit den zuständigen Konsulaten verhandelt.

Um bei der Selbsteinschätzung wahrheitsgetreue Angaben zu erleichtern, wird für alle bisherigen unwahren Steuererklärungen volle Amnestie erteilt. Dagegen stehen künftig auf wesentlich falsche Angaben hohe Geldstrafen bezw. Einziehung weiterer Vermögensteile.

Wir erinnern noch an das, was wir in unserer ersten Erklärung über die Währung gesagt haben: Wir brauchen einen dauernd hoch bleibenden allgemeinen Preisstand. Gesetzt den Fall, es wäre möglich, die Preise wieder auf den Friedensstand zu senken — in Wirklichkeit ist es ja unmöglich, ohne die ganze Volkswirtschaft zu erdroffeln und eine ungeheuere Arbeitslosigkeit zu erzeugen — so wäre an eine Tilgung der riesigen Schuldenlast gar nicht zu denken. Je höher die Preise sind und bleiben, um so weniger Sachgüter müssen für die Tilgung der Schulden geopfert werden.

Beispiel: Fällt auf einen Schreiner ein Tilgungsanteil von Mk. 1000.—, so muß er hierfür nach den heutigen Preisen 2 Schränke von Mk. 500.— opfern; nach Friedenspreisen müßte er 8 gleiche Schränke zu Mk. 125.—, also die vierfache Arbeit leisten.

Erhöhen wir die Preise auf das Fünf- oder Sechsfache des Friedensstandes, so schrumpft die öffentliche Schuld auf den fünften bezw. sechsten Teil zusammen.

Alles, was die allgemeine Preisssteigerung erhöht, trägt Stufe um Stufe von der kleinen Kapitalmacht ab, die unsere Vermögensabgabe noch übrig lassen wird.

Immerhin wird ja die Zeit kommen, wo das Währungsamt zur absoluten Währung wird übergehen können. Von da ab werden Handel und Gewerbe mit festen Preisen rechnen.

Dann wird jeder durch redliche Arbeit sich ein auskömmliches Leben verdienen und sich zum Wohlstand emporarbeiten können. Die Rückkehr Aller — auch der bisherigen Nichtarbeiter — zur fruchtbringenden Arbeit wird ein wohlhabendes, glückliches Baiern schaffen.

Der Klassenstaat ist dann restlos beseitigt, Baiern in Wahrheit ein Volksstaat, ein einzig Volk arbeitender Brüder.

Volksfinanzhaus der Räterepublik Baiern, Der Volksbeauftragte.<sup>1)</sup>

Sechszehntes Stück. — Freigeldmuster. (Nach Polenske<sup>2)</sup>).

I. Freigeld kann für das Reichsgebiet, kann auch bloß für ein Teilgebiet, z. B. Südbayern oder Neuvorpommern mit Rügen, oder ein anderes, es kann auch für Europa und sollte für die ganze Erde eingeführt werden. Wird es in einem einigermaßen ex- und importfähigen Teilgebiet eingeführt, so wird dieses infolge der rasch einsetzenden Nachfrage einen ebenso raschen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung nehmen und ein angrenzendes Gebiet nach dem andern zur Nachfolge veranlassen. Freigeld in Verbindung mit absoluter Währung wird ein stärkerer und natürlicherer Zwang zu allgemeinem Verkehr, zu allgemeinem Frieden, zu allgemeinem Wohlstand werden, als irgend ein künstlicher Haager Vertrag, ein Pariser Völkerbund oder auch noch so nationallistisches Zähnegefletsch es je sein könnte.

II. Vorderseite eines (beispielsweise) südbayerischen Freigeldscheines über einhundert Mark:

100 Mark südbayerisches Staatsgeld für 1919													
Einhundert Mark	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.
	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche
	Jan.	Jan.	Jan.	Jan.	Jan.	Febr.	Febr.	Febr.	Febr.	März	März	März	März
	14.	15.	16.	17.	18.	19.	20.	21.	22.	23.	24.	25.	26.
	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche
	April	April	April	April	Mai	Mai	Mai	Mai	Mai	Juni	Juni	Juni	Juni
	27.	28.	29.	30.	31.	32.	33.	34.	35.	36.	37.	38.	39.
	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche
	Juli	Juli	Juli	Juli	Juli	Aug.	Aug.	Aug.	Aug.	Sept.	Sept.	Sept.	Sept.
	40.	41.	42.	43.	44.	45.	46.	47.	48.	49.	50.	51.	52.
	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche	Woche
	Okt.	Okt.	Okt.	Okt.	Okt.	Nov.	Nov.	Nov.	Nov.	Dez.	Dez.	Dez.	Dez.
	100 Mark südbayerisches Staatsgeld für 1919												

<sup>1)</sup> Dieses Aktionsprogramm ist teils von Gesell, teils i. A. von Christen und mir unterzeichnet worden, damit es als unser Werk und nicht als Werk der zweiten Räteregierung gekennzeichnet sei.

<sup>2)</sup> Wegen anderer Muster vgl. man die Schriften des Freiland-Freigeld-Bundes (Berlin-Steglitz), der physiookratischen Vereinigung (Berlin-Lichterfelde), des schweizerischen F. F. B. (Bern). Für die freimirtschaftliche Wissenschaft kommt es darauf an, die Idee zu mannigfaltigstem Ausdruck zu bringen. Die der Praxis gemäteste Form zu finden, wird Sache der Praxis sein.

III. Innenfeld der Rückseite eines solchen Einhundertmarktscheins:

Dieser Schein ist gesetzliches Zahlungsmittel im Betrage von einhundert Mark, wenn er auf der Vorderseite für die jeweils abgelaufene Woche (spätestens am Freitag) durch eine rote Ergänzungsmarke freigemacht ist. Der ganz freigemachte Schein wird in der Zeit vom 16. Dezember 1919 bis zum 15. Januar 1920 an den Kassen der Staatsbank in Staatsgeld für 1920 eingetauscht. Der Preis der Marken wird so sein, daß er die Besitzer überschüssigen Geldes stets und ständig zur Nachfrage nach Arbeit und Ware nötigt.

IV. Wenn 52 rote Marken vier Mark kosten, so verliert der Schein durch Nichtfreimachen vier v. Hundert im Jahr, bei viereinhalb, fünf, fünfeinhalb Mark usw. entsprechend viel v. H. Den richtigen Satz wird das Währungsamt an der Hand einer zweckmäßigen Statistik, des Zinssatzes der Neuunternehmungen, der Arbeitslosigkeit und der Warenpreise ermitteln. Es schadet nichts, wenn er zunächst schwankt. Allmählich wird er sich auf vier v. H. einstellen.

V. Zehnmarktscheine, Fünfundmark-, Einmark- und Halbmarktscheine werden mit grünen Geldergänzungsmarken freigemacht u. z. der 10 M.-Schein 52 mal, der 5 M.-Schein 26 mal, der 1 M.-Schein 5 mal, der  $\frac{1}{2}$  M.-Schein 3 mal. Ein 2 M.-Schein würde 9 mal freizumachen sein. Demgemäß würden die Scheine von 5 M. abwärts 26, 9, 5, 3 Felder haben. Je 52 Marken würden 40, 45, 50 Pf. kosten usw.

VI. Tausendmarktscheine sind 52 mal mit blauen Marken freizumachen. Je 52 Marken würden je nach dem 40, 45, 50 M. kosten.

VII. Man muß auch weniger Marken kaufen können. Bei 4 v. H. Abschlag würden 26 grüne Marken 20 Pf., 13 würden 10 Pf., 7 würden 5 Pf. kosten, einzelne müßten 1 Pf. kosten. Nicht freigemachte Geldscheine würden mit entsprechendem Abschlag in Zahlung genommen werden.

VIII. Wenn dieses Freigeld eingeführt wird, so bedeutet das keine Vermehrung der vorhandenen Zahlungsmittel, sondern die vorhandenen sind binnen kurzer Frist gegen das Freigeld einzutauschen. Auch können die bisherigen Scheine für die kurze Uebergangszeit ebenfalls der Freimachung unterworfen werden. Metallgeld wird entsprechend behandelt, d. h. also, da nicht beklebbar, in der Uebergangszeit nur mit entsprechenden Abschlägen angenommen.

IX. Der Unfug der Metalldeckung, Wechseldeckung u. dergl. hört auf. Das Geld ist von nun an nur noch Tauschmittel und wird immer von jedermann gerne genommen werden, weil die Wirtschaftsteilung ein allgemeines Tauschmittel notwendig macht. Hingegen hört das Geld auf, bevorzugtes Sparmittel, und vor allem Sperrmittel zu sein. Dadurch wird den Besitzern überschüssigen Geldes die Möglichkeit genommen, immer, also auch bei wagnislosen Anlagen, 4 bis 5 v. H. Zins zu erpressen.

# Auszug

aus den

## Satzungen des Freiland-Freigeld-Bundes.

1.

Der Freiland-Freigeld-Bund erstrebt völlige Freiwirtschaft durch Beseitigung jeglichen arbeitslosen Einkommens in der Erkenntnis, daß ununterbrochener Aufstieg und volle Entfaltung der Kultur nur möglich werden, wenn alle wirtschaftlichen Hemmnisse beseitigt sind.

2.

Mittel zur Durchführung dieser Ziele sind:

1. Die Beseitigung der durch das Privateigentum oder andere Rechte am Boden geschaffenen Bodensperre: die ganze Erde Freiland.
2. Die Beseitigung der durch die Eigenart des herkömmlichen Geldes geschaffenen Zinswirtschaft: Sicherung der Kaufkraft des Geldes (absolute Währung) und Umwandlung des Geldes zum reinen Tauschmittel (Freigeld).

3.

Der Bund arbeitet u. a. mit folgenden Hilfsmitteln:

1. Veranstaltung von Vorträgen und Kursen, Verbreitung eigener und verwandter Schriften.
2. Herausgabe regelmäßiger Veröffentlichungen.
3. Einwirkung auf die Gesetzgebung.

4.

Mitglied des Bundes kann werden, wer sich auf den Boden der Paragraphen 1 und 2 stellt.

Aufnahme erfolgt auf schriftliche Anmeldung entweder bei der Geschäftsstelle des Bundes oder bei einer Ortsgruppe durch den Bundesvorstand. Der Jahresbeitrag beträgt für Mitglieder M. 3,—, für Förderer M. 10,—. Lebenslängliche Mitglieder zahlen M. 100,— Körperschaften nach Uebereinkunft.

**Die Geschäftsstelle des Freiland-Freigeld-Bundes,  
Berlin-Steglitz, Herderstraße 22.**